

RATSINFORMATIONSSYSTEM DER STADT TRIER

Auszug - Gesamtkonzept zur Benennung von Straßen im Bereich Petrisberg

Sitzung: Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates
TOP: Ö 7
Gremium: Stadtrat
Datum: Mi, 15.10.2003
Zeit: 17:05 - 20:15
Raum: Großer Rathaussaal, Rathaus, Verw. Geb. I, Am Augustinerhof
Ort:

[Wortprotokoll](#)
[Beschluss](#)

Beigeordneter Holkenbrink wies auf eine vorzunehmende Änderung des Beschlussantrages bei „Straße 10“ hin: Dort sei zunächst „Otto-Schwab-Straße“ vorgeschlagen worden. Er bitte darum, den Vornamen „Otto“ zu streichen, so dass die beiden Stifter Otto und Elsbeth als Stifter der Otto und Elsbeth Stiftung ersichtlich seien.

Der Straßename solle also „Schwab-Straße“ lauten.

Namens der CDU-Fraktion zeigte Ratsmitglied Bender auf, dass die Entwicklung im ehemaligen französischen Kasernenbereich und jetzigen Konversionsgelände Petrisberg mit großen Schritten vorangehe. Man stehe nun vor der Frage, die Straßen im Bereich Petrisberg zu benennen. Die Vorlage sei im Dezernatsausschuss II umstritten gewesen: Das Gesamtkonzept im Bereich Namensgebung sei „nicht so recht vorgefunden worden“, so Ratsmitglied Bender weiter. Es sei eher ein Sammelsurium von Namen. Einerseits kämen Namen vor, die die CDU-Fraktion sehr begrüße; andererseits bezeichne er die Namensauswahl als „kunterbunt“. Auch von Seiten der CDU-Fraktion habe man sich ein schlüssigeres Konzept gewünscht. Durchaus hätte sich die CDU-Fraktion vorstellen können, dass angesichts der in diesem Bereich befindlichen wissenschaftlichen Einrichtungen Namen wie „Gottfried Wilhelm Leibnitz“ oder „Mercator“ oder „Kopernikus“ berücksichtigt worden wären. Auch Frauennamen wie „Marie Curie“ oder „Liese Meidner“ wären von der CDU-Fraktion begrüßt worden. Aus folgenden drei Gründen sei die CDU-Fraktion doch bewogen worden, der Vorlage zuzustimmen.

1. Es liege ein gewisser Zeitdruck vor, die Planung auf dem Petrisberg gehe schnell voran, so dass bereits Grundstücksverkäufe anstünden und seitens der Verwaltung im Sinne einer ordnungsgemäßen Abwicklung eine Ausweisung der Projektstraßen mit richtigen Straßennamen notwendig sei.
2. Die betroffenen Ortsbeiräte Olewig, Tarforst und Kürenz seien konsultiert worden. Dort, wo die Zuständigkeit gegeben gewesen sei (Olewig und Kürenz) hätten die Ortsbeiräte zugestimmt. Bei der Konsultation hätten auch diejenigen, die sich im Ausschuss kritisch geäußert hätten, nämlich die Grünen und die SPD, wohl auf der Ebene der Ortsbeiräte Zustimmung signalisiert.
Für die CDU-Fraktion sei es wichtig gewesen, dass die Ortsbeiräte gesprochen hätten. Dieses Votum der Ortsbeiräte werde akzeptiert.
3. Der Fachdezernent hätte zugesagt, dass bei künftigen Plänen bei Straßennamen nicht nur Vorgespräche mit den Ortsbeiräten geführt würden, sondern auch Vertreter aus dem Dezernatsausschuss II (aus jeder Fraktion eine Person) hinzugezogen würden.

Diese drei Gründe veranlassten die CDU-Fraktion der Vorlage zuzustimmen.

Als Sprecherin der SPD-Fraktion erklärte Ratsmitglied Frau Jammers, dass die Zusage des Kulturdezernenten für ein sauberes klares Verfahren die SPD-Fraktion sich eher gewünscht hätte. Es gehe der SPD-Fraktion lediglich um das Verfahren, sie wolle dabei nicht auf die Namen selbst eingehen.

Namen seien langlebig und deshalb keine Marginalie. Die Vorlage täusche ein gewisses Einvernehmen vor, was nicht

gegeben sei. Weder der Dezernatsausschuss II noch die Sprecher der Fraktionen seien eingebunden gewesen. Dem Rat obliege jedoch die Beschlussfassung. Die SPD-Fraktion würde es bedauern, wenn noch einmal ein „schiefes Verfahren“ (ähnlich Feyen) beschlossen würde. Die SPD-Fraktion habe sich darum bemüht, ein frühzeitiges Zusammenwirken zu erreichen, also einen kleinen Kreis der Ortsbeiräte und der Interessierten (der Sprecher aus dem Dezernatsausschuss II) zusammenzubringen, um eine gemeinsame Beratung durchzuführen, denn nicht jeder Ortsverein habe einen Vertreter im Rat. Eine gute Information halte sie für eine Basis von sauberen, glückenden Verfahren, so Ratsmitglied Frau Jammers weiter.

Auf keinen Fall sollten die Ortsvereine entmündigt werden. Die Vorschläge sollten jedoch gemeinsam erarbeitet werden, da der Stadtrat die Beschlüsse fassen und die Verantwortung tragen müsste. Die Liste auf der Vorlage zeige, dass in diesem Fall das Kulturbüro Vorschläge gemacht habe und die Ortsbeiräte diese Liste zur Beratung erhalten hätten.

Aus Verfahrensgründen stimme die SPD-Fraktion dieser Vorlage nicht zu.

„Er glaube, dass der Stadtrat aufpassen müsse, dass das Thema „Straßenbenennung in der Stadt Trier“ nicht zu einer billigen Bauernkomödie für den Stadtrat ausarte“, so Ratsmitglied Maximini in seinem Redebeitrag für die Fraktion Unabhängige Bürgervertretung Maximini. Er sage dies in aller Deutlichkeit, denn erst vor einigen Monaten habe es im Zusammenhang mit einer Straßenbenennung im Bereich Feyen eine öffentliche Auseinandersetzung gegeben, die seiner Auffassung nach „unwürdig“ gewesen sei. Er habe den Eindruck, dass das Fachamt aus diesem Verfahrensweg Lehren und Konsequenzen gezogen habe. Insofern könnte er der Auffassung des Ratsmitgliedes Frau Jammers nicht zustimmen. Er begrüße vielmehr den Verfahrensweg deshalb, weil hier von dem Fachamt alle in Frage kommenden Ortsbeiräte eingeladen worden seien. Die Ortsvorsteher seien gebeten worden, aus den jeweiligen Fraktionen ihre Vertreter mit zu diesem Gespräch zu entsenden. Leider hätten von diesem Angebot längst nicht alle Ortsbeiratsvertreter Gebrauch gemacht. Dies könnte der Verwaltung nicht angelastet werden. Hier müsste ein Kompliment ausgesprochen werden. Es sei versucht worden, analog der Konsequenzen der letzten Diskussion zu dieser Thematik, zu handeln.

Er teile die Auffassung, dass man über Namen jeweils anderer Meinung sein könnte. Er dürfte ein Beispiel für den Ortsbeirat Kürenz nennen. Dort sei dieses Thema behandelt und Änderungsvorschläge eingebracht worden. Diese seien zurückgestellt worden. Bei noch weiter anstehenden Namensnennungen hätte man immer noch die Möglichkeit, die gut gemeinten Vorschläge zu unterbreiten.

Überrascht hätten ihn die Ausführungen von Ratsmitglied Bender. Dieser kritisiere die Vorschlagsliste und bezeichne sie als „Sammelsurium“. Dieser Vorschlag komme jedoch von einem von der CDU-Fraktion gestellten Dezernenten. Es enttäusche ihn, wie der Parteivorsitzende derart in der Öffentlichkeit dargestellt werde. Er sei davon ausgegangen, dass Herr Holkenbrink einen abgerundeten und gut überlegten Vorschlag unterbreitet hätte. Aber eine derartige Abwertung öffentlich vorzunehmen, sei für sein politisches Verständnis etwas befremdet.

Es habe auch keinen Zeitdruck bestanden.

Die Ortsbeiräte hätten die Möglichkeit, bei Straßenbenennungen ein Votum auszusprechen. Wenn diese Verfahrensweg so – wie von ihm geschildert – praktiziert werde und die Ortsbeiräte nach ermöglichten Diskussionen in Vorgesprächen beteiligt und nach Abstimmung diesen Vorschlag mittragen würden, dann sollte der Stadtrat auch hier aus Fairnessgründen dem Ortsbeirat zumindest das Gefühl geben, dass „sie noch ein klein wenig zu sagen hätten“.

Dies sei der Hauptgrund, der im Mittelpunkt zur Zustimmung zur Vorlage stehen würde.

Im Vordergrund stehe also die Bemühung, einem Ortsbeiratsvorschlag zuzustimmen, damit auch der Ortsbeirat das Gefühl erhalte, „etwas erreicht zu haben“ und nicht wieder vom Stadtrat „ausgehebelt“ werde.

Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe das Gefühl, dass es sich um ein „Sammelsurium“ von Namensvorschlägen handele, so Ratsmitglied Dahm namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das hinterstehende Konzept sei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht ersichtlich geworden. Dort eine klare Richtung hineinzubringen, sei offensichtlich nicht gelungen.

Auch die CDU-Fraktion habe sich gewünscht, dass auch Frauennamen Berücksichtigung gefunden hätten.

Entweder seien sie nicht gewollt oder vergessen worden. Er frage sich, warum man über „Gender mainstreaming“ diskutiere und warum man eine Frauenbeauftragte habe.“ Er könnte sich nicht vorstellen, dass diese Liste mit ihr abgestimmt worden sei.

Diese Straßennamen seien langlebig. Es komme sehr selten vor und sei sehr schwierig, dass eine Straße umbenannt werde. Deshalb komme dem auch besondere Bedeutung vor. Eine Stadt werde durch Straßennamen geprägt.

Es gebe dabei auch ein praktikables Problem: Warum müsste man alle Vornamen mit aufnehmen? In diesem Zusammenhang finde er amüsant, dass nun die „Otto-Schwab-Straße“ in „Schwab-Straße“ geändert werde. Dies sei offensichtlich der Beitrag zur Frauenförderung, wobei nun der Männername weggelassen werde, damit sich die Frauen geehrt fühlen können, so Ratsmitglied Dahm weiter.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhebe grundsätzliche Bedenken, weil die Frauen bei der Straßenbenennung nicht in ausreichendem Masse berücksichtigt werden.

Auch zum Verfahren merkte Ratsmitglied Dahm einige kritische Punkte an.

Im Fachausschuss habe es sich ihm nicht erschlossen, dass ein Zeitdruck vorhanden sei; der Hinweis sei dort vielmehr von einem Ratsmitglied und nicht von der Verwaltung gekommen.

Eine Aussage von Ratsmitglied Maximini aufgreifend betonte Ratsmitglied Dahm, dass es nicht darum gehe, dass den Ortsbeiräten „etwas weggenommen werde“. Vielmehr fühle sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen genau so verantwortlich wie die Ortsbeiräte. Wenn der Rat der Auffassung sei, dass dies nicht beschlossen werden sollte, dann müsste dies auch konsequent verfolgt werden. Der Rat habe diese Aufgabe jedoch nicht an die Ortsbeiräte delegiert. Dies könnte er tun, dann dürfte dies allerdings folglich nicht mehr im Stadtrat diskutiert werden. Aber wenn es diskutiert werde – er bitte somit auch um Verständnis für die Position der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – dann möchte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch die Möglichkeit der Mitwirkung haben. Im Ortsbeirat Olewig sei die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht vertreten, in Tarforst ebenfalls nicht, der im Übrigen auch merkwürdigerweise gar nicht zuständig sei. Der Ortsbeirat Kürenz habe sich nach Wissen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht damit beschäftigt, dieser Punkt habe nicht auf der Tagesordnung der entsprechenden Sitzung gestanden. Zeitgleich habe die Sitzung im Fachausschuss stattgefunden, wobei die Vorlage behandelt wurde. Dies könnte nicht angehen.

Es sei das Ansinnen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, mit den Ortsbeiräten konstruktiv zu diskutieren.

Schon zum dritten Mal erstelle die Verwaltung eine Vorlage, die in die Ortsbeiräte zur Beratung und dortigen Abstimmung gegeben werde, wobei im Nachgang eine mögliche Änderung mit dem Verweis werde abgelehnt, dass dies ansonsten „gegen die Ortsbeiräte“ ausgelegt werde. Dies sei für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht befriedigend, so dass ein anderer Weg gefunden werden müsste.

Wenn es in Zukunft gelinge, den Rat und die Ortsbeiräte gemeinsam einzubinden, würde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dort konstruktiv mitwirken.

Zusammenfassend hielt Ratsmitglied Dahm fest, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Vorlage zum einen aus Verfahrensgründen und zum anderen deshalb ablehnen werde, weil bei zwölf Straßennamen nicht eine Straßenbenennung nach einer Frau berücksichtigt worden sei.

Ratsmitglied Maximini stellte klar, dass am 26. Juni ein Vorgespräch stattgefunden hätte, bei dem alle Fraktionsvertreter eingeladen gewesen seien. Dort seien die Namensvorschläge diskutiert worden. Man habe sich dort geeinigt, dass dies die Vorschläge sein sollten, die in die Ortsbeiräte eingebracht würden.

Zur von Ratsmitglied Dahm angesprochenen Sitzung des Ortsbeirates Kürenz wies Ratsmitglied Maximini darauf hin, dass dieser Punkt zwar ursprünglich nicht auf der Tagesordnung gestanden hätte. Vor Eintritt in die Tagesordnung sei dieser Punkt jedoch aufgenommen worden. Dort habe der Ortsbeirat einstimmig mit der Stimme des Grünen-Vertreters diesem Vorschlag zugestimmt.

Sicherlich sei zu bedauern, dass keine Frauennamen berücksichtigt worden seien. Nur der Zeitpunkt für diese Diskussion hätte seiner Auffassung der 26. Juni sein sollen. Dort sei dies nicht diskutiert worden, was sicherlich ein Fehler gewesen

sei, aus dem man für die Zukunft lernen müsste.

Er teile die Auffassung des Ratsmitgliedes Dahm, dass man die Straßennamensbenennung für die jeweiligen Stadtteile künftig auch dem direkten Beschlussorgan Ortsbeirat übertragen sollte, damit sich der Stadtrat mit dieser Frage nicht mehr zeitintensiv beschäftigen müsste und entsprechend entlastet werde. Dies sollte gleichzeitig auch eine Anregung zur Prüfung sein, ob dies künftig an die Ortsbeiräte delegiert werden könnte.

Er, ebenfalls in einem Ortsbeirat als Mitglied vertreten, so Ratsmitglied Becker in einem weiteren Redebeitrag für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ärgere sich darüber, wenn hier – die Ortsbeiräte würden als absolut lästiges „Anhängsel“ gesehen - die Ortsbeiräte als störend empfunden werden.

Oftmals würden den Ortsbeiräten Vorlagen nicht rechtzeitig oder unvollständig zugeleitet. Es sei häufig schwer, einen kompetenten Ansprechpartner der Verwaltung zu finden, der die Ortsbeiräte ausreichend informiere.

Wenn nun hier die Ortsbeiräte als Begründung herangezogen würden, dass diese Vorlage „gar nicht anders als angenommen werden kann“, bezeichne er dies als heuchlerisch, so Ratsmitglied Becker weiter. Es werde etwas vorgespielt, worum es eigentlich gar nicht gehe.

Eine konstruktive Zusammenarbeit könnte nicht auf diese Weise funktionieren.

In allen anderen Verfahren würden Ortsbeiräte nur als Störung empfunden. Hier werde es nun so dargestellt, dass der Stadtrat der Vorlage quasi zustimmen müsste, da man ansonsten die Interessen Ortsbeiräte unterlaufe.

Oberbürgermeister Schröer schaltete sich in die Diskussion ein. Er wies darauf hin, dass dies eine Einschätzung des Ratsmitgliedes Becker sei und der Trierer Stadtrat seiner Beurteilung nach der einzige Stadtrat in Rheinland-Pfalz sei, der den Ortsbeiräten sogar ein eigenes Budget zugebilligt habe. Dies bedeute für die Verwaltung viel Aufwand, weil dies in Einklang mit den haushaltsrechtlichen Vorschriften gebracht werden müsste. Damit habe die Verwaltung den Ortsbeiräten mehr Kompetenz zugewiesen.

In den Ortsbeiräten seien alle Fraktionen in Form ihrer Sprecher im Juni zu einem Vorgespräch eingeladen gewesen, so Beigeordneter Holkenbrink. Die Verwaltung sei davon ausgegangen, dass auch eine Querverbindung zwischen den Ortsbeiratsmitgliedern und ihren Ratsmitgliedern bestehe und ein Informationsfluss nach allen Seiten gegeben sei.

Er sei davon ausgegangen, dass alle in ausführlicher Weise informiert worden seien. In diesem Gespräch habe auch die Möglichkeit zur Diskussion um einzelne Namen bestanden.

Ratsmitglied Dahm wies nochmals darauf hin, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ortsbeirat Olewig gar nicht vertreten sei. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei nicht die einzige Fraktion, die dies kritisiere. So frage er sich beispielsweise nach dem Grund der Kritik von CDU-Ratsmitglied Bender, wenn das Verfahren ordnungsgemäß durchgeführt worden sei. Er könnte noch nachvollziehen, wenn das Ortsbeiratsmitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ortsbeirat Kürenz das nicht weiter transportiert habe. Dies sei der einzige gewesen. Aber in den anderen drei Ortsbeiräten sei eine Vielzahl von CDU-Mitgliedern vertreten, die dies offensichtlich auch nicht weitergegeben hätten.

Der Unmut der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen über dieses Verfahren sollte akzeptiert werden.

Es sei nicht ein Problem der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betonte Ratsmitglied Dahm. Die SPD-Fraktion habe ebenfalls Änderungsvorschläge im Dezernatsausschuss unterbreitet.

Auch da habe die Kommunikation offensichtlich nicht funktioniert, so Ratsmitglied Dahm abschließend.

Der Stadtrat beschloss bei 26 Ja-Stimmen und 18-Nein-Stimmen:

Im Bereich des Petrisberges entstehen, wie aus dem der Drucksache Nr. 285/2004 beigefügten Lageplan ersichtlich, 12 neue Straßen und Plätze, die mit eigenen Namen zu versehen sind.

Die im Plan farbig gefassten Straßen erhalten folgende Namen:

Straße 1	Magistrale im Plan gelb	Robert-Schuman-Allee
Straße 2	Kronenstraße im Plan magenta	Max-Planck-Straße
Straße 3	Im Plan grün	Am Wissenschaftspark
Platz 4	Im Plan blau	Belvédère
Straße 5	Im Plan türkis	Peter-Joseph-Lenné-Straße
Straße 6	Im Plan hellblau	Jakob-Schwarzkopf-Straße
Straße 7	Im Plan hellgelb	Addi-Merten-Straße
Straße 8	Im Plan hellgrün	Reinhard-Heß-Straße
Straße 9	Im Plan rosa	Kuno-Stapel-Straße
Straße 10	Im Plan altrosa	Schwab-Straße
Straße 11	Im Plan ocker	Martin-Schunck-Straße
Straße 12	Im Plan beige	Jean-Paul-Sartre-Promenade